

DISKUSSION

Rudolf Werner

Replik zur Stellungnahme des „Gesamtverbandes der metallindustriellen Arbeitgeberverbände e.V.“ (BWP 6/1976) zum Aufsatz „Ausbildungsintensitäten“ (BWP 5/1976, S. 11 ff.)

In dem Aufsatz ging es darum, die unterschiedlichen Ausbildungsintensitäten in den einzelnen Wirtschaftszweigen auf einer globalen Ebene aufzuweisen. Dazu wurde das Verhältnis der Auszubildenden zu den insgesamt Beschäftigten für eine Reihe von Wirtschaftsbereichen sowie in tiefer Gliederung für einige Wirtschaftszweige berechnet und interpretiert.

Wie in den Vorbemerkungen zu dem Aufsatz ausgeführt wird, hat diese Vorgehensweise einige Schwächen, die durch die Schwierigkeiten der Operationalisierung des Begriffs „Ausbildungsintensität“ sowie durch die mangelhafte Datenlage bedingt sind. Jedoch wurde davon ausgegangen, daß diese Methode einige Anhaltspunkte für die Einschätzung der unterschiedlichen Ausbildungsleistungen erbringt.

In der Stellungnahme wird dieser Punkt als problematisch angesehen und es wird davon ausgegangen, daß die globale Ausbildungsintensität zu falschen Ergebnissen führt. Als Bezugsgröße für die Bestimmung des Nachwuchses könne nur der Facharbeiterstamm herangezogen werden und nicht die Anzahl der Beschäftigten insgesamt. Aus diesem Grunde könnten aus den Ergebnissen auch keine bildungspolitischen Folgerungen abgeleitet werden.

Hier ist anzumerken, daß die Quote der Facharbeiter in der Tat in den einzelnen Wirtschaftszweigen schwankt. Dies hängt mit Faktoren wie Umfang der Serienproduktion, Stand der Produktionstechnik, Produktdiversifizierung u. ä. zusammen. Es zeigt sich jedoch, daß auch dann, wenn die Ausbildungsintensität im engeren Sinne (gewerbliche Auszubildende zu Facharbeitern) berechnet wird, erhebliche Schwankungen zu verzeichnen sind, die nicht mehr durch unterschiedliche Facharbeiterquoten erklärt werden können. In der Tab. 1 sind einige Wirtschaftszweige aus dem Bereich der Investitionsgüterindustrie (Betriebe über 10 Beschäftigte) herausgegriffen. Die Spanne reicht von 203 Auszubildenden (Hersteller von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten usw.) bis zu 62 Auszubildenden (Stahl- und Leichtmetallbau) auf 1000 beschäftigte Facharbeiter.

Allerdings ist zu bemerken, daß die Bereiche mit sehr hohen Ausbildungsintensitäten einen relativ geringen Facharbeiteranteil (um 20%) haben, so daß absolut gesehen der Bestand an gewerblichen Auszubildenden dort nicht so hoch ist. Eine Ausnahme bildet der Bereich „Werkzeugmaschinenbau“, der eine Facharbeiterquote von 41% aufweist und gleichzeitig von einer hohen Ausbildungsintensität geprägt ist. Die anderen Wirtschaftszweige mit einem Facharbeiteranteil um 40% haben geringere Ausbildungsintensitäten (Tabelle 1). Z. B. wurden im Straßenfahrzeugbau 211 196 Facharbeiter gezählt, denen 15 607 gewerbliche Auszubildende gegenüber stehen. Das ergibt eine Quote von 74 Auszubildenden auf 1000 Facharbeiter, während andere Bereiche mehr als 100 Jugendliche — nach dieser Berechnungsmethode — ausbilden.

Tabelle 1: Ausbildungsintensität im Bereich „Investitionsgüterindustrie“ (gewerbliche Auszubildende zu Facharbeitern) 1972

	Beschäftigte	Facharbeiter	Facharbeiter- quote	gewerbliche Auszubildende	Ausbildungs- intensität
Stahl- und Leichtmetallbau	217 492	102 892	0,47	6 240	62
Maschinenbau	1 085 076	383 076	0,35	56 196	147
dar Werkzeugmaschinenbau	123 198	50 102	0,41	9 390	187
Sonstiger Maschinenbau	546 974	199 636	0,37	26 134	131
Straßenfahrzeugbau	604 338	211 196	0,35	15 607	74
Elektrotechnische Industrie	1 060 295	200 278	0,19	39 835	199
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie	419 079	87 511	0,21	7 880	90
Büromasch., Datenverarbeitungsgeräte	76 798	12 677	0,17	2 571	203
Investitionsgüterindustrie (insgesamt)	3 879 668	1 125 724	0,29	142 870	127

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie D, Reihe 4: Sonderbeiträge zur Industriestatistik: Beschäftigte nach der Stellung im Betrieb, September 1972; eigene Berechnungen.

Diese Ergebnisse zeigen, daß der Bestand an Facharbeitern und die Anzahl der gewerblichen Auszubildenden voneinander abhängen. Jedoch bleibt die Grundtatsache bestehen, daß in diesen Maßzahlen erhebliche Schwankungen von Wirtschaftszweig zu Wirtschaftszweig zum Ausdruck kommen, gerade auch, wenn der Facharbeiterstamm als Bezugspunkt dient.

Solche differenzierten Analysen können vorgenommen werden, wenn einzelne Branchen untersucht werden sollen. Dann liegen auch die entsprechenden Daten (z. B. in Form der Industriestatistik) vor. Leider ist es jedoch nicht möglich, für alle Bereiche dieses Verfahren anzuwenden, da dann entweder die Angaben über die Facharbeiter oder über die Auszubildenden fehlen. Bildungspolitisch ist es jedoch auch wichtig, einen Überblick über die Situation im gesamten Beschäftigungssystem zu erhalten. Dazu können die allgemeinen Ausbildungsintensitäten, wie sie in dem Aufsatz dargestellt wurden, Anhaltspunkte bieten. Wie gezeigt wurde, ergeben sich zwar Differenzen in den Details, jedoch bleibt das Faktum der unterschiedlichen Ausbildungsleistungen bestehen.

Darüber hinaus ist auch der Ansatz, die Ausbildungsleistungen nur am Umfang des Facharbeiterstammes zu messen, zu eng angelegt. Die technologische Entwicklung befindet sich im Fluß und kann Anforderungen erbringen, die nur durch einen vorhandenen, d. h. vorher ausgebildeten Facharbeiterstamm erfüllt werden können. Außerdem bedeutet die berufliche Ausbildung für den Jugendlichen eine Startchance, die nur schwer nachzuholen ist, wenn sie einmal versäumt wurde.

In Anbetracht der kommenden geburtenstarken Jahrgänge gewinnen diese Argumente, die den gegenwärtigen Bestand nur als einen Faktor unter anderen sehen, besonderes Ge-

wicht. Die Erhöhung der Ausbildungsleistungen stellt eine gesamtgesellschaftliche Verpflichtung dar, die nicht nur danach bestimmt werden kann, wie hoch der jeweilige gegenwärtige Facharbeiterstamm ist. Gerade in Wirtschaftszweigen mit derzeit geringer Facharbeiterquote können sich die Qualifikationsanforderungen erhöhen. Sie können von der Nachwuchslücke, die ab Mitte der 80er Jahre eintreten wird, besonders getroffen werden. Deshalb kann als Bezugsrahmen zur Bestimmung von Ausbildungsleistungen durchaus die Beschäftigung in ihrer Gesamtheit herangezogen werden, wodurch vor allem der langfristigen Entwicklung Rechnung getragen wird.

REZENSIONEN

Riester, Walter; Schmidt, Hans; Seibert, Hildegard; Güner, Günter: Gegen Jugendarbeitslosigkeit für bessere Berufsausbildung. DGB. Hintergründe, Fakten, Forderungen. Hrsg. vom DGB Landesbezirk Baden-Württemberg. Stuttgart 1976. 77 S.*)

In der vierteiligen Stellungnahme des DGB werden schwerpunktmäßig die Ursachen der Jugendarbeitslosigkeit analysiert, die gegenwärtigen Maßnahmen zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit kritisch bewertet sowie eigene Lösungsvorschläge zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit gemacht.

Als einer der Hauptgründe wird der Rückgang der Lehrstellen als Folge einer tiefgreifenden Strukturkrise des Berufsbildungs- und Beschäftigungssystems angesehen, die sich vor allem aus der Veränderung der Arbeitsorganisation, der Verminderung der Qualifikationsanforderungen, der Kapitalkonzentration und dem Strukturwandel der Wirtschaft entwickelt hat:

- Die Zergliederung der Arbeit in ihre kleinsten Bestandteile führt nicht nur zu einem sinkenden Fachkräftebedarf, sondern erschwert zudem den Einsatz der Auszubildenden in der industriellen Produktion. Die Einrichtung von produktionsgetrennten Ausbildungswerkstätten erfordert wiederum einen hohen Kapitalaufwand bei gleichzeitig sinkenden Einnahmen aus der direkten Verwertung der Arbeitskraft des Auszubildenden.
- Mit dem Lehrstellenabbau einher geht als ein weiteres Mittel der Kosteneinsparung die Deckung des Qualifikationsbedarfs durch Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen, die, meist thematisch eng begrenzt und direkt auf die betrieblichen Belange zugeschnitten, viel weniger Kosten verursachen als eine breit angelegte Berufsausbildung, zumal sie vom Arbeitsamt finanziert werden.

Darüber hinaus wird in der Stellungnahme aufgezeigt, daß Jugendliche stärker von Arbeitslosigkeit bedroht

sind als andere Beschäftigungsgruppen, weil

- erwachsene Arbeitskräfte Jugendlichen vorgezogen werden, da sie „betriebstreuer“ sind, über mehr Berufserfahrung verfügen und Jugendliche überdies bis zu ihrem 18. Lebensjahr ihren Zivil- oder Ersatzdienst ableisten müssen;
- Auszubildende kein Anrecht darauf haben, im Anschluß an ihre Ausbildung weiterbeschäftigt zu werden;
- die Einsatzmöglichkeiten für un- und angelernte Jugendliche infolge von Rationalisierung und Technisierung vor allem in der Industrie schwinden;
- viele Jugendliche in Berufen ausgebildet werden, in denen sie nach der Ausbildung keine Arbeit finden, sondern auf industrielle Arbeitsplätze für an- und ungelernte Arbeiter verwiesen sind (Teil 2, S. 21—24).

Bei der Darstellung und Einschätzung der von Bund, Ländern, Arbeitsverwaltung und anderen Institutionen durchgeführten Maßnahmen zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit werden insbesondere die berufsvorbereitenden, politischen und sozialpädagogischen Bildungsmaßnahmen einer kritischen Bewertung unterzogen:

- Einerseits stellt sich die Frage, inwieweit eine sozialpädagogische, individuelle Betreuung, die die arbeitslosen Jugendlichen über Erfolgserlebnisse stabilisieren und sie auf die Arbeitswelt vorbereiten soll, von Nutzen sein kann, wenn die Jugendlichen hinterher doch keinen Arbeitsplatz bekommen.
- Andererseits werden unter dem Aspekt der Verwertbarkeit der in diesen Maßnahmen vermittelten Qualifikationen für den Arbeitsmarkt grundsätzliche Zweifel angemeldet. Denn die Lehrgangsinhalte orientieren sich an „gängigen“ Berufsfeldern und Anlernatigkeiten und sind weder an in die Zukunft weisende Berufszweige noch an der Vermittlung neuer Technologien orientiert. „Somit besteht die Gefahr, daß gerade die Arbeitsmarkt- und Ausbildungsstrukturen, die verschärft Arbeitslosigkeit und Lehrstellenabbau produzieren, stabilisiert werden“ (Teil 3, S. 14).
- Die seit 1975 von verschiedenen Kultusministerien geplanten oder

bereits durchgeführten schulischen Bildungsmaßnahmen, „die häufig als Reform des öffentlichen Schulwesens verkauft werden“, implizieren wiederum eine teilweise Aufhebung der Berufsschulpflicht, bzw. die Einführung beruflicher Vollzeit-schuljahre als einmaliges Abgelten der vollen Berufsschulpflicht, was „Stück für Stück an Ausweitung unternehmerischer Verfügungsgewalt über die arbeitende Jugend“ mit sich bringt (Teil 3, S. 15—16).

- Politische Bildungsmaßnahmen von Jugendverbänden, durch die die Jugendlichen über ihre Situation aufgeklärt und aktiviert werden sollen, sind aus gewerkschaftlicher Sicht heute deshalb abzulehnen, weil sie „im Grunde den Arbeitslosen zum Objekt mißbrauchen“ und ihn isoliert von der arbeitenden Umwelt zu behandeln suchen (Teil 3, S. 17).
- In einem Nebensatz werden auch die Bemühungen des DGB selbst, durch Lehrgänge des DGB-Fortbildungswerkes die Situation Arbeitsloser zu verbessern, gestreift und in Frage gestellt.

Spätestens an dieser Stelle ist aber zu fragen, welche qualitativ besseren Angebote die Gewerkschaft den arbeitslosen Kollegen anzubieten hat außer der lakonischen Feststellung, daß „unsere gewerkschaftliche Einflußnahme auf die Ursachen der Arbeitslosigkeit gering ist“ (Teil 4, S. 6) und der Versicherung gewerkschaftlicher Solidarität mit den Jugendlichen, die auf der Straße liegen.

Auch der Weg, den die Gewerkschaften bisher eingeschlagen haben, indem sie die Jugendarbeitslosigkeit vorrangig als eine Frage mangelnder Qualifikation behandelt und von daher ihre Forderungen zur Reform der beruflichen Bildung aufgestellt haben, wird vom DGB nun aus der Distanz betrachtet, wenn nicht gar abgelehnt. So hätten die bundesweiten Kundgebungen und Demonstrationen nicht zu dem erhofften politischen Druck auf die Regierung und einer entsprechend veränderten Bildungspolitik geführt, sondern seien in Gefahr gewesen, in Aktionismus und Resignation zu enden (Teil 4, S. 7—8).

Hier nimmt der DGB berechnete Forderungen zur Verbesserung der Ausbildungssituation wieder zurück, deren Realisierung das ursächliche Problem

*) Die hier vorgetragene Stellungnahme des DGB ist Teil einer gegenwärtig im BIBB vorbereiteten Dokumentation zur Jugendarbeitslosigkeit und Berufsausbildung